

Die Top Ten 2009 der Zukunftsliteratur

Empfohlen von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ)

Idee

Die *Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen* in Salzburg dokumentiert aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift *pro ZUKUNFT* vor.

An die 200 aktuelle Titel werden jährlich analysiert und bewertet. Mit den **Top Ten der Zukunftsliteratur** hebt das aus Alfred Auer, Hans Holzinger und Walter Spielmann bestehende Pro ZUKUNFT-Team „*zehn besonders wichtige Neuerscheinungen*“ des Jahres hervor. Kein leichtes Unterfangen angesichts der Vielzahl spannender Publikationen, die in einem Jahr erscheinen. Es sind somit „zehn beste“ Bücher!

Kriterien

Die **Top Ten der Zukunftsliteratur** werden nach folgenden fünf Kriterien bewertet: 1. *Gesellschaftliche Brisanz* (Aktualität, Dringlichkeit), 2. *Innovation* (neue Ansätze, Originalität) 3. *Lösungsansätze* (konkrete Handlungsvorschläge, Beispiele), 4. *Fakten* (wichtige Daten) sowie 5. *Lesefreundlichkeit* (Zugang für breiteres Publikum, Lesevergnügen).

Maximum: 10 Punkte pro Kriterium.

Die ausführlichen Besprechungen der „Top Ten der Zukunftsliteratur“ sind auf den folgenden Seiten zu finden. Die prämierten Bücher und mehr als 14.000 weitere Titel stehen in der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen für Interessierte bereit.

Top Ten

Die ausgewählten Bücher beziehen sich auf die Mehrfach-Krise der Welt am Ende dieses Jahrzehnts: Thematisiert werden die Ernährungs- und Hungerkrise – Hunger bleibt der größte Skandal in unserer reichen Welt, die Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch die Wohlstandszentren trifft, die globale Klimakrise, für die es bislang beileibe keine tragfähigen internationalen Vereinbarungen gibt, schließlich die Demokratie-, Arbeits- und Bildungskrise, aus denen Top-Ten-AutorInnen Auswege weisen.



Tipp 1: Die Top Ten beginnen mit Jean Zieglers neuem Buch „**Der Hass auf den Westen**. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren.“ Der langjährige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung beschreibt darin das Konfliktpotenzial, das sich aus der globalen Kluft zwischen Arm und Reich zusammenbraut. Ziegler hofft und setzt auf eine planetarische Zivilgesellschaft sowie auf den Aufstand der Länder des Südens, den er insbesondere in Südamerika ausmacht.



Tipp 2: Auch die indische Ökologin Vandana Shiva hofft auf Basisbewegungen. In „**Leben nach dem Erdöl**. Wirtschaft von unten gegen die Krise von oben.“ schildert sie die dreifache Krise, vor der die Welt steht: die Klima-, Ressourcen- und Nahrungskrise. Diese zu lösen, erfordere eine an den Grundbedürfnissen orientierte Wirtschaft von unten, eine „Erddemokratie“, ist Shiva überzeugt. Ausgewählt wurde das Buch als wichtige „Stimme aus dem Süden“.



Tipp 3: Das Jahrbuch Ökologie gilt als bewährtes Standardwerk in den Debatten über Nachhaltigkeit. In verständlich aufbereiteten Beiträgen werden Themen wie Dematerialisierung, Energiewende oder nachhaltiger Lebensstil aufgegriffen. Die aktuelle Ausgabe „**Umwälzung der Erde**“ thematisiert die Wirtschaftskrise im ökologischen Kontext – ein Grund mehr, den Band in die „Top Ten“ aufzunehmen.



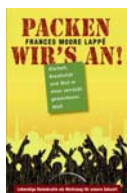
Tipp 4: Der Klimawandel ist mittlerweile empirisch mehrfach bestätigt. Warum gelingt die Klimawende trotzdem nicht? In „**Das Ende der Welt wie wir sie kannten**“ beschreiben der Politologe Klaus Leggewie und der Soziologe Harald Welzer Umwelt- und Klimaschutz als wichtige Chance zur Erneuerung der Demokratie. Gelingen müsse ein neues „Wir-Gefühl“ nach dem Motto: „Wir sind nicht so blöd, mit einem Geländewagen durch die Stadt zu fahren.“



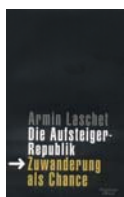
Tipp 5: Die Finanzkrise hat das Unbehagen am real existierenden Kapitalismus verschärft. Aus der Vielzahl der Publikationen dazu haben wir den umfassenden Alternativentwurf „**Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft**“ des Attac-Mitstreiters Franz Groll ausgewählt. Er fordert eine Marktwirtschaft, in der alle zum Gemeinwohl beitragen (können) und persönliche Bereicherung politisch unterbunden wird.



Tipp 6: Über herkömmliche Wirtschaftspolitik hinaus weist auch der von Fritz Hinterberger u. a. herausgegebene Band „**Welches Wachstum ist nachhaltig?**“ gängige Argumente für Wirtschaftswachstum werden hinterfragt, Alternativen, die das Finanz- und Güterkapital durch das Sozial- und Naturkapital ergänzen, zur Diskussion gestellt. Eine Empfehlung für ein Wachstum des Wohlbefindens jenseits des BIP.



Tipp 7: Die Alternativnobelpreisträgerin Francis Moore Lappé macht das „Prinzip der (Selbst)Ermächtigung“ zur Grundlage „Lebendiger Demokratie“. In ihrem Top-Ten-Buch „**Packen wir's an**“ plädiert sie für Kooperation, Fairness und die Bereitschaft, selbst „Macher“ - nicht „Jammerer“ oder bloß „Zuseher“ - zu sein. Die Autorin spricht von einer „Spirale der Ermächtigung“ und illustriert diese anhand vieler Beispiele.



Tipp 8: Ein führender CDU-Politiker, spricht sich offen für ein Deutschland der Zuwanderung aus und begründet dies fundiert und sachlich. Wir empfehlen Armin Laschets „**Die Aufsteigerrepublik. Zuwanderung als Chance**“ – der Autor ist Minister für Frauen, Familie, Generationen und Integration in NRW –, weil es einen offenen und konstruktiven Umgang mit einer zentralen Frage des Zusammenlebens in den zunehmend bunter werdenden Gesellschaften vorzeigt.



Tipp 9: Die Autorin dieses Buches teilt die Euphorie über die Wissensgesellschaft nicht. Vielmehr spricht Christine Ax von einer „**Könnensgesellschaft**“, in der Fähigkeiten in den Mittelpunkt rücken. Sie kritisiert das allein auf Wissen fixierte Bildungssystem ebenso wie die entfremdende industrielle Produktionsweise. Aus dem ökologischen und sozialen Dilemma gibt es ihrer Meinung nur einen Ausweg: eine „Ökonomie der Nähe“, „ganzheitliche Arbeit“ und „nachhaltige Wirtschaft von unten.“



Tipp 10: Kann man Glück lernen? Ja – meint Ernst Fritz-Schubert, der Leiter einer Schule in Heidelberg, in der ein „**Schulfach Glück**“ eingerichtet wurde. Im gleichnamigen Buch beschreibt der Pädagoge das spannende Experiment, das auf ganzheitliches lernen setzt und mittlerweile auch in Österreich Nachahmung gefunden hat. In sechs steirischen Schulen gibt es seit 2009 ebenfalls ein Schulfach Glück.











Jury

Dr. Alfred Auer, Mag. Hans Holzinger, Dr. Walter Spielmann
Redaktionelle und grafische Aufbereitung: Hans Holzinger

Infos

Robert-Jungk-Platz 1, 5020 Salzburg, Tel.: +43-(0)662-873 206, Fax: DW 14
E-Mail: jungk-bibliothek@salzburg.at

TOP TEN 2009 der Zukunftsliteratur | Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

	<p>Jean Ziegler: Der Hass auf den Westen.. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. München: C. Bertelsmann, 2009. München: Bertelsmann, 2009. 288 S. € 19,95 [D], 20,55 [A], sFr 34,90 ISBN 978-3-570-01132-4</p>	<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●●○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●○○○○ Fakten ●●●●●●●●●● Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●●●</p>
<p>Shiva, Vandana: Leben ohne Erdöl. Wirtschaft von unten gegen die Krise von oben. Zürich: Rotpunktverlag, 2009. 260 S., € 19,50 [D], 20,10[A] sFr 33,10 ISBN 978-3-85869-405-8</p>		<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●○ Innovation ●●●●●●●●●○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●●●○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●○○</p>
	<p>Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen. Jahrbuch Ökologie 2010. Hrsg. v. Günter Altner ... Stuttgart: S. Hirzel, 2009. 249 S., € 19,80 [D], 20,40 [A], sFr 34,65 ISBN 978-3-7776-1768-8</p>	<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●○○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●●●●●○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●○○</p>
<p>Claus Leggewie, Harald Welzer: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt/M.: S. Fischer, 2009. 278 S., € 19,95 [D], 20,60 [A], sFr 34,90 ISBN 978-3-10-043311-4</p>		<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●○○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●●●○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●○○</p>
	<p>Franz Groll: Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung. Hamburg: VSA-Verl., 2009, gemeinsam mit Publik-Forum Edition. 222 S. 16,80 Eur[D], 17,30 Eur[A] sFr 28,50 ISBN 978-3-89965-356-4</p>	<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●○○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●●●○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●○○</p>
<p>Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Hrsg. v. Friedrich Hinterberger... Wien: Mandelbaum-Verl., 2009. 234 S. € 17,80 [D], 18,50 [A], sFr 30,50 ISBN 978385476-296-6</p>		<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●●○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●●○○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●○○</p>
	<p>Moore Lappè, Frances: Packen wir's an! Klarheit, Kreativität und Mut in einer verrückt gewordenen Welt. Bielefeld: J. Kamphausen, 2009. 282 S., € 17,50 [D], 18,- [A], sFr 30,60, ISBN 978-3-89901-178-4</p>	<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●●○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●○○○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●○○○</p>
<p>Armin Laschet: Die Aufsteigerrepublik. Mit Zuwanderung als Chance. Köln: Kiepenheuer & Witsch. S. 291. € 19,95[D], 20,60 [A], sFr 33,90 ISBN 978-3-462-04107-7</p>		<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●●○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●●○○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●○○</p>
	<p>Ax, Christine: Die Könnensgesellschaft. Mit guter Arbeit aus der Krise. Berlin: Rhombos, 2009. 276 S. € 29,60 [D], € 30,50 [A], sFr 50, 20 ISBN 978-3-938807-96-5</p>	<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●●●●● Innovation ●●●●●●●●○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●●●○ Fakten ●●●●●○○○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●●●●○○</p>
<p>Fritz-Schubert, Ernst: Schulfach Glück. Wie ein neues Fach die Schule verändert. Freiburg/Br.: Herder, 2009 (3. Aufl.), 189 S. € 16,95 [D], 17,45 [A], sFr 29,70 ISBN 978-3-451-29849-3</p>		<p>Gesellschaftliche Brisanz ●●●●●●○○○○ Innovation ●●●●●●●●○○ Lösungsvorschläge ●●●●●●●○○○ Fakten ●●●○○○○○○○ Lesefreundlichkeit ●●●●●○○○○○</p>



Jean Ziegler: **Der Hass auf den Westen.**

Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. München: C. Bertelsmann, 2009.

München: Bertelsmann, 2009. 288 S. € 19,95 [D], 20,55 [A], sFr 34,90 ISBN 978-3-570-01132-4

Jean Ziegler, der sich seit Jahren vehement und überzeugend für die Armen dieser Welt einsetzt, gilt vielen als Provokateur. Er kennt und benennt das Elend, das „die Weißen“, die für ihn Repräsentanten der „kannibalistischen Weltordnung“ sind, zu verantworten haben. Wortgewaltig, pointiert und vor allem auch analytisch präzise legt Ziegler die Grundzüge der „strukturellen Gewalt“ frei, mit denen der Westen - zunächst allein von Europa ausgehend - den Völkern der Welt die Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Menschenwürde predigte, um sie zu unterwerfen und systematisch auszubeuten.

Hass als Mobilisierungsfaktor

Für gewalttätigen, blinden Hass, wie ihn Terrorgruppierungen wie Al Qaida praktizieren, zeigt Ziegler zwar Verständnis, doch lehnt er ihn entschieden ab. Ausführlich - und mit großer Sympathie - widmet er sich hingegen dem Phänomen des Hasses, der, genährt von „unausrottbarer Leidenschaft, heute eine große Mehrheit der Völker in der südlichen Hemisphäre beherrscht“. Dieser Hass sei „keineswegs pathologisch“, sondern manifestiere sich in einem strukturierten und rationalen Diskurs“ und stelle einen „machtvollen Mobilisierungsfaktor“ dar (S. 13). Zwei Faktoren, so Ziegler, sind für diese Entwicklung in erster Linie verantwortlich zu machen. Zum einen die „unvermittelte Wiederkehr des verwundeten Gedächtnisses des Südens“, eine „machtvolle geschichtliche Kraft“, zum anderen „der unerträgliche Widerspruch zwischen Demografie und Macht: seit mehr als fünfhundert Jahren

beherrschen westlichen Länder der Planeten. Dabei haben die Weißen nie mehr als 23,8 Prozent der Weltbevölkerung gestellt - heute sind es kaum noch 13 Prozent“ (S. 15). „In der Zwickmühle zwischen der Doppelzüngigkeit des Westens und dem Hass der südlichen Völker“, so der ehemalige Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, „vermag sich die internationale Gemeinschaft gegenwärtig nicht durchzusetzen“. Die Vereinten Nationen seien „am Rande des Ruins“, bei der Umsetzung der ‚Millennium Development Goals‘ sei „nicht der geringste Fortschritt zu verzeichnen“ und „das Verstummen des Dialogs bringe den Planeten in tödliche Gefahr“, so Ziegler einleitend (S. 17).

„Das Gedächtnis kommt vor den Geschäften.“
Abd al-Aziz Bouteflika, algerische Staatspräsident, (zitiert nach J. Ziegler, S 76)

„Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark hassen, was sie unterdrückt.“ Diesen Satz Jean Paul Sartres stellt Ziegler an den Beginn seiner Reflexionen über die vom Westen praktizierten Formen struktureller Gewalt und die rätselhaften Wege des kollektiven Gedächtnisses. Wir erleben heute „die Wiederkehr der Erinnerungen“, ist Ziegler, derzeit beratendes Mitglied des UN-Menschenrechtsrats überzeugt. Der Süden begnüge sich nicht mehr damit, seine Interessen allein auf der politischen Bühne zu verhandeln (das Scheitern der ehemals blockfreien Staaten mag dafür ein Anlass unter vielen sein), sondern fordere zunehmend deutlich Rechenschaft und Wiedergutmachung. Diesem neuen Selbstbewusstsein begegne der Westen allerdings fast ausschließlich mit Arroganz und Ratlosigkeit, wie Ziegler exemplarisch am ignorant-imperialen Auftreten von Nicolas Sarkozy in Dakar und Algier dokumentiert. Im kläglichen Scheitern der von Kofi Annan und Hochkommissarin Mary Robinson 2001 initiierten Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban, bei der auch die EU Staaten jede Form der Entschädigung oder auch nur Entschuldigung brüsk zurückwies, aber auch in der Diskrepanz zwischen den Worten Barack Obamas und einer vor allem auf die Sicherung geostrategischer und ökonomischer Interessen zielenden US-Politik sieht Ziegler Indizien der „abscheulichen Erbfolge“ des Westens: Nach den Phasen von Eroberung, Sklaverei und Kolonialismus sei die

„globalisierte Weltordnung des Finanzkapitals mit seine Söldnern“ (WHO, IWF, Transkontinentalen Unternehmen), die sich alle der neoliberalen Ideologie verschrieben hätten, „das bei Weitem mörderischste der Unterdrückungssysteme“ (S. 84). Dass Jean Ziegler sich nicht damit begnügt, die Auswüchse der globalen Finanzoligarchie zu benennen, sondern deren Menschen verachtenden, ja tödlichen Folgen auch anhand bewegender Einzelschicksale schildert – ein ausführliches Kapitel ist der jüngsten, blutigen Geschichte Nigerias gewidmet – zählt für mich zu den besonderen Vorzügen des Buchs. Und wenn Ziegler im fünften und abschließenden Teil voller Bewunderung und Zuneigung von der Geschichte Boliviens und der Revolution unter der Führung des charismatischen Evo Morales berichtet, der kürzlich mit deutlich mehr als 60% der Stimmen im Amt bestätigt wurde, dann verbindet er damit die Hoffnung auf die Überwindung der Unterdrückung - nicht nur in Bolivien.

Jean Ziegler, der vielfach geehrte, doch oft auch verkannte Streiter für eine gerechte Welt, erweist sich trotz seines Wissens um die dunklen Seiten der Macht als Weltbürger, als Freund der unterjochten indigenen Kulturen und nicht zuletzt als großer Optimist, auch wenn er weiß, dass eine bessere Zukunft ohne Kampf nicht zu haben ist: „Tatsächlich haben sich zahlreiche Völker des Südens nach dem Beispiel Boliviens entschlossen, eine Nation zu errichten, die fähig ist, mit dem Westen zu brechen. Den Hass zu verwandeln in eine Kraft der Gerechtigkeit, des Fortschritts, der Freiheit. Und des Rechts.“ (S. 261f.) Auf dieser Grundlage erst kann eine parlamentarische Gesellschaft entstehen. W. Sp.

Walter Spielmann
Aus: *pro ZUKUNFT* 4/2009

„Der Süden will keinen ‚universellen‘ Westen mehr. Süden und Westen sind Bewohner desselben Planeten. Wie soll dieser Planet ‚organisiert‘ werden? Auf der Basis von Toleranz, Gegenseitigkeit und Recht. Das gilt für den Süden wie den Westen.“ (J. Ziegler, S. 263)



Vandana Shiva:
Leben ohne Erdöl.
Wirtschaft von unten
gegen die Krise
von oben.
Zürich: Rotpunktverlag,
2009. 260 S., € 19,50 [D],
20,10[A] sFr 33,10

Schon in naher Zukunft – darin stimmt die Mehrzahl der Experten überein – wird der vorerst wichtigste Rohstoff industrieller Produktion, das Erdöl, aufgebraucht sein. Was dann? Die Menschheit wird einen Ersatz für die langsam versiegenden Ölquellen finden müssen und ihr Wohl in erneuerbaren Energien suchen. Noch aber wird dieses Thema weitgehend verdrängt, nur einige Kassandrarufer orten Handlungsbedarf.

Jenseits kurzfristigen Krisenmanagements sieht die indische Umweltaktivistin Vandana Shiva die gegenwärtige Situation aber grundsätzlicher: Wir befinden uns gegenwärtig nämlich in einer dreifachen Krise, die sowohl das Klima als auch die Ressourcenfrage und die Nahrungsmittel umfasst. Die Komplexität der Krisensymptome verlangt, so die Grundthese ihres neuen Buches, radikale Änderungen bis hin zu einer Neuerfindung der Demokratie.

Gegen Ökoimperialismus

Mit Blick auf die weitgehend unstrittigen Krisensymptome ist Shiva dagegen, das Modell der Industriegesellschaft auf die Entwicklungsländer zu übertragen. Dieses Ziel verfolgen multinationalen Konzernen und einige internationale Organisationen: die Weltbank, der Internationale Währungsfond (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO). Globalisierung, so wie sie von diesen Organisationen verstanden und gewünscht wird, lehnt Shiva ab, denn Globalisierung ist für sie gleichbedeutend mit „Ökoimperialismus“: „Globalisierung ist in Wirklichkeit die Globalisierung der energieintensiven, Ressourcen verschleißenden, erdölgetriebenen Industrialisierung unserer Produktions- und Konsumptionsweise. Globalisierung zwingt der Welt Unnachhaltigkeit auf. Die Akteure sind nicht die einzelnen BürgerInnen oder die einzelnen Länder. Es sind die globalen Unternehmen, welche ihre Produktionsabteilun-

gen weltweit dahin verschieben, wo sie mit den niedrigsten Kosten die höchsten Profite erzielen können“ (S. 33). Um die CO₂-Emissionen zu kontrollieren, wurden im Kyoto-Protokoll Emissionsrechte an 38 Industrieländer vergeben, und es wurde erlaubt, mit diesen Rechten zu handeln. Für die Autorin sind solche Regelungen absolut wirkungslose Mittel gegen die Verschmutzung der Atmosphäre. Alleine in Europa wurden 11.428 industriellen Betrieben Emissionsrechte gewährt. Durch die Möglichkeit, mit diesen Verschmutzungsrechten zu handeln, eröffnet sich manchen die Chance, Milliardengewinne zu machen. Es ist deshalb allzu plausibel, dass unter den Bedingungen eines liberalisierten Handels und einer wirtschaftlichen Globalisierung die Klimaveränderungen nicht gestoppt werden können. Ein nachdenklich stimmender Abschnitt ist der Indischen Verkehrspolitik gewidmet: In absehbarer Zeit werden 216 Millionen Inder aus der Mittelschicht ein Auto besitzen. 1981 gab es 5,4 Millionen, 2005 bereits 85 Millionen Autos. Nur 2.500 US-Dollar wird der „Nano“, das indische Miniauto, kosten. Shiva vergleicht die Ziele indischer Straßenbaupolitik mit jenen der Nationalsozialisten: „Nazideutschland setzte die Autobahnen dazu ein, um Vielfalt, Autonomie und Dezentralisierung zu vernichten...“ (S.110). In der Dritten Welt sind Zugtiere eine Mobilitätsalternative. 300 Millionen Zugtiere, darunter Elefanten, Kamele, Esel, Pferde und Ochsen dienen weltweit den Menschen, ohne der Umwelt zu schaden. Vehement fordert die Autorin eine Nachhaltigkeit „von unten nach oben“ als Form lebendigen Wirtschaftens ein. (vgl. S. 230)

„Wenn man die Rechte der Armen in die Bilanz mit einbezieht, dann gibt es nur einen Weg nach vorne: die Reduktion des Energiebedarfs der reichen und der nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummuster, die eine Altlast der Industrialisierung und der Globalisierung darstellen.“ (S. 229)

Shivas Idee von „Erddemokratie“ entspricht dezentralen demokratischen Strukturen, in denen Essen, Trinken, Mobilität und Arbeit in lokale Ökosysteme eingebettet werden. Der Übergang von der zerstörerischen Industriegesellschaft ins Post-Erdölzeitalter kann nur von

freien und selbstorganisierten Bürgern und Gemeinschaften erreicht werden. Wir müssen eine „Karbon-Demokratie“ schaffen, ist Shiva überzeugt, „damit alle Lebewesen ihren gerechten Anteil an nützlichem Kohlenstoff haben und niemand mit einer ungerecht großen Menge der durch CO₂ verursachten Klimaauswirkungen belastet wird“ (S. 228).

Bestandteil einer biologisch vielfältigen Wirtschaft als Alternative zur Erdölwirtschaft ist auch, dass wir unsere Wahrnehmung körperlicher Arbeit ändern und den Ersatz von Menschen durch Maschinen nicht weiter als Befreiung der Menschen betrachten. Wir müssen, so Shiva, das menschliche Arbeitspotenzial (spirituell, emotional, intellektuell und physisch) in die Energiegleichung und in das Leben von Menschen zurückholen, denn es ist sozial nicht nachhaltig, den Menschen die Arbeit wegzunehmen. Vor allem gilt es, unsere kreativen Energien zu entfesseln, um einen Systemwechsel zu bewirken und unsere Zukunft als Gattung zurückzugewinnen.

Alfred Auer
Aus: *pro ZUKUNFT 4/2009*

„Eine Wirtschaft mit erneuerbarer Energie kann nur durch die erneuerbare Energie von freien und selbst organisierten Bürgern und Gemeinschaften geschaffen werden.“ (Shiva, S. 228)



Umwälzung der Erde.

Konflikte um Ressourcen. Jahrbuch Ökologie 2010. Hrsg. v. Günter Altner ... Stuttgart: S. Hirzel, 2009. 249 S., € 19,80 [D], 20,40 [A], sFr 34,65

Das Jahrbuch Ökologie – seit Jahren unverändert, was die Qualität der Beiträge und die Fachkompetenz der Autoren – von Elmar Altvater bis Harald Welzer, von Günter Altner bis Ban Ki-moon, von Wolfgang Sachs bis Ernst U. v. Weizsäcker, um nur einige zu nennen – betrifft, enthält weit mehr als eine Bestandsaufnahme ökologischer Krisensymptome oder eine Auflistung von bereits Erreichtem.

Es geht noch immer nicht um die Korrektur der Wurzelursachen der Umweltkrise, sondern nach wie vor um die Behandlung eines ihrer Symptome, dessen politische Anerkennung mehr als ein Jahrzehnt und enorm viel Geld für die Forschung gekostet hat.“ (S. 19)

Das bewährte Konzept sieht neben einer Analyse des ökologischen Strukturwandels, der Beschreibung einer Dematerialisierung der Wirtschaft auch die Beschäftigung mit einer neuen Balance zwischen Staat und Markt und mit einer langfristig tragfähigen Lebensweise vor. In bewährter Weise verbinden sich seriöse Analysen mit zukünftigen Perspektiven und Innovationen. Nicht verzichten muss der Leser/die Leserin auch diesmal auf die Rubriken „Vor-Denker & Vor-Reiter“ und „Umweltinstitutionen“ sowie auf „Ökologie in Zahlen“.

Die breit gefächerte Themenpalette reicht von Ressourcenkonflikten und Klimakriegen, über Grenzen des Wachstums und Fragen der Land- und Ressourcennutzung bis zu geistreichen Überlegungen zur Suffizienz in Konsum und Produktion sowie zum ökologischen Rucksack. Einige der Vorschläge werden Pro Zukunft-LeserInnen zwar durchaus vertraut sein, doch der Blick ins neue Jahrbuch lohnt allemal. Müßig zu erwähnen, dass nicht alle der 36 Fachbeiträge hier entsprechend gewürdigt werden können.

Ökologische Rettungspakete

Im Spätherbst 2008 wurde mit starken Worten (des damaligen deutschen Finanzministers Peer Steinbrück) der von Brandstiftern entfachte Großbrand auf dem Finanzmarkt mit einem 500-Mrd.-Euro-Banken-Rettungspaket gelöscht. Klimaerwärmung, Wüstenbildung, Wasserknappheit, Verlust an Biodiversität u. a. m. sind dagegen kein Anlass für derartig großangelegte staatliche Löschaktionen. Es ist also nur zu verständlich, dass Friedrich Schmidt-Bleek die derzeitigen Bemühungen zur Einschränkung der Klimafolgen als „die Fortsetzung der alten Umweltpolitik (auf hoher Gefahrenebene)“ charakterisiert - und kritisiert (S. 19).

Wege aus der Krise sieht der Erfinder des MIPS-Konzepts (Maß für die Bewertung von Umweltbelastungen eines Produktes) einzig und

allein in der Dematerialisierung der Wohlfahrtsbeschaffung (um einen Faktor 5), insgesamt durch bessere Technik (effizienter Umgang mit natürlichen Ressourcen) und die Schaffung neuer Werte für die Zivilgesellschaft durch die Vereinbarung von messbaren Zielen mit Zeitfestlegungen. (vgl. S. 21).

Schmidt-Bleek, der bereits 1994 in Zusammenhang mit den Themen Ressourcenproduktivität und Dematerialisierung den Begriff „Ökologischer Rucksack“ eingeführt hat, schlägt ein Programm zum Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft vor, das biologisch abbaubare Werkstoffe als Voraussetzung dafür vorsieht, die Energieversorgung von Importen abzukoppeln. Schließlich gelte es, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an die Gesetze der Natur anzupassen.

Wachstum ist nicht alles

Der emeritierte Wirtschaftsprofessor Hans Christoph Binswanger von der Universität St. Gallen lässt in seinem Beitrag im Abschnitt „Wege aus der Weltkrise“ aufhorchen, wenn er im Gegensatz zum Kredo der neuen Deutschen Schwarz-Gelben-Koalition, die das Wirtschaftswachstum als goldenen Weg aus der Wirtschaftskrise formuliert hat, davon ausgeht, dass eine Senkung der Wachstumsraten notwendig ist, um den Ressourcen- und Umweltverbrauch zu bremsen. Weiters konstatiert er, „dass das Wachstum des Sozialprodukts mit der Gefahr von Schäden verbunden ist, die die Funktionsweise der Wirtschaft selbst betreffen“ (S. 12) Das Wirtschaftswachstum wird mehr und mehr mit der langfristigen Knappheit der Natur konfrontiert, „weil die Eigentümer der natürlichen Ressourcen in Voraussicht künftiger Engpässe heute schon höhere Preise verlangen, die morgen zur Verteuerung der Produktion führen“ (S. 15).

„Will man diese Schäden vermeiden, muss die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf Wachstum schon aus ökonomischen Gründen aufgegeben werden.“ (Binswanger, S. 12)

Binswanger hält es für unabdingbar, Wachstum durch entsprechende Reformen auf ein Niveau zu senken, das mit den ökologischen Anforderungen kompatibel wird. Gelingen kann dies seiner Ansicht nach zum einen und vor allem durch eine Reform des Geldsystems (die Beschränkung

einer Vermehrung des Geldes ins Uferlose), zum anderen durch eine Reform des Aktienrechts (durch Begrenzung der Geltungsdauer der börsennotierten Aktien). Dadurch, so der Autor, ließe sich die Steigerung der Aktienwerte automatisch verringern und der Wachstumsdrang durch Aussicht auf ständige Steigerung des Aktienwerts verhindern. Gelingen könne dies allerdings nur mit Unternehmensformen wie Genossenschaften oder Stiftungen mit anderen Zielen als jenen der Gewinnmaximierung.

Wege aus der Krise

Für Ernst Ulrich von Weizsäcker resultiert die Finanz- und Wirtschaftskrise zu großen Teilen aus dem Verlust der Balance zwischen Staat und Markt, aus „der Arroganz der Markt-Ayatollahs seit der Wende“ (S. 28). Er fordert deshalb eine neue Synthese, in der

1. die essentiellen Funktionen des Staates gewährleistet und auch finanziert werden,
2. die internationalen Organisationen im Sinne von Global Governance gestärkt werden und
3. die „Frage der Finanzierung globaler Gemeinschaftsgüter und das Erheben globaler Steuern auf die Nutzung dieser Gemeinschaftsgüter“ (S. 32) berücksichtigt wird.

In ihrem interessanten Beitrag zur „Suffizienz als Bedingung für Nachhaltigkeit“ konstatieren Scherhorn/Meyer-Abich, dass wir längst in einer Gesellschaft leben, deren Zusammenhalt in beunruhigender Weise erodiert ist. Es bedürfe daher eines neuen Gesellschaftsvertrages, der eine gerechte Verteilung der Arbeit (der Entwicklung hin zu einer „Tätigkeitsgesellschaft“) und des Einkommens ebenso vorsieht wie die Verbindung der Globalisierung von Kapital, Recht und Wissen mit der Regionalisierung des Wirtschaftens. (vgl. S. 179) Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Expansion und Effizienz von erneuerbaren Energien. Dabei wird etwa auf das niedersächsische Bioenergiedorf Jühnde hingewiesen, das seinen Strom- und Wärmebedarf durch die Nutzung von erneuerbarer Energien komplett selbst deckt.

„Suffizienz ist sowohl aus dem Wunsch nach dem guten Leben als auch aus dem Nachhaltigkeitsziel abzuleiten“ (JB Ökologie 2010, Scherhorn, S. 174)

Insgesamt sind die Beiträge von der Hoffnung geleitet, dass durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise mehr Menschen begreifen, dass die bisherigen Produktions- und Konsummuster nicht nachhaltig sind. Kraemer/Meyer-Ohlendorf/ Gerstetter erinnern in diesem Zusammenhang an die Kraft des „Marshall-Plans“, der von der Vision eines wiedererrichteten Europas geleitet war. Heute bräuchte es wieder eine solche Vision für einen „Global Green New Deal“.

Das neue Jahrbuch Ökologie enthält ein wahres Feuerwerk an machbaren Vorschlägen für eine zukunftstaugliche Entwicklung, von der Beschränkung der Macht der Märkte bis hin zur Ausgestaltung einer Erwerbswirtschaft, die nur für den Verbrauch produziert.

Alfred Auer

Aus: *pro ZUKUNFT* 4/2009



Leggewie, Claus; Welzer, Harald: **Das Ende der Welt, wie wir sie kannten.** Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie.

Frankfurt/M.: S. Fischer, 2009. 278 S., € 19,95 [D], 20,60 [A], sFr 34,90
ISBN 978-3-10-043311-4

Stehen wir hinsichtlich der Klimaerwärmung tatsächlich vor einem dramatischen Wandel oder haben wir noch Zeit für Gegenmaßnahmen bis 2100? Ob der Tatsache, dass die Rettung von Banken und Autoindustrien für „systemrelevant“ erklärt wurde, die Abwendung der Klimakrise aber nicht, könnte durchaus dieser Eindruck entstehen. Oder ist das alarmistische Katastrophengerede ohnehin bloße Panikmache? Die inzwischen vielfach publizierten Fakten zeigen etwas anderes. Die Abbildung des Vergleichs der Kyoto-Ziele von Ist und Soll im vorliegenden Band (vgl. S. 163) macht schnell deutlich, in welchem Schlamassel wir heute bereits stecken. Claus Leggewie (Politikwissenschaftler und Publizist)

und Harald Welzer (Sozialpsychologe) sind den aktuellen Fragen nachgegangen und versuchen zu klären, inwieweit die Klimaproblematik die Demokratie in Europa und der Welt bedroht. In Sachen Klimawandel, so stellen sie fest, bleiben die gängigen Bewältigungsstrategien „auf kurzatmige und illusionäre Reparaturziele fixiert“ (S. 11). Um die Krise zu meistern, bräuchten wir nicht weniger als die Erneuerung der Demokratie von unten und eine neue Art und Form des Wirtschaftens, sind die beiden überzeugt. Wie aber können nun Demokratien auf den Klimawandel reagieren?

Demokratie in der Krise?

In unseren vermeintlich gefestigten Demokratien gibt es einen schleichenden Wandel hin zur „Postdemokratie“. Die Autoren sprechen gar von einer globalen Rezession der Demokratie (vgl. S. 150). Ohne die hier angeführten Bedrohungen im Einzelnen aufzuzählen, sei auf das Globalisierungs- und das Zeitdilemma (kurze Legislaturperioden) hingewiesen. Zudem bleibe die Volksherrschaft als Mediendemokratie eingespannt „in mediale, vor allem visuelle Übersetzungen“ (vgl. S. 145). Das Image der „besten aller Staatsformen“ ist denkbar schlecht. Demokratie finde zwar weltweit Zustimmung, die Praxis demokratischer Politik wird aber zunehmend mit Skepsis betrachtet. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist in Deutschland (s. a. vergleichbare Studien für Österreich) ist in etwa jede/r Dritte der Auffassung, die Demokratie funktioniere schlecht. Diese Einschätzung kommt aber längst nicht mehr nur vom Rand der Gesellschaft. Die Politikverdrossenheit ist heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Und so stellt sich die Frage, ob die Demokratie in der Lage ist, der Klimakrise angemessen zu begegnen. Der New-York-Times-Kolumnist T. Friedman wünscht sich in seinem neuen Buch („Was zu tun ist“, 2009) bezeichnender Weise, Amerika möge für einen Tag China sein, um den grünen Umbau der Gesellschaft anordnen zu können, am nächsten Tag könne man ja wieder zur Demokratie zurückkehren. Laut einer Umfrage der EU ist aber eine Mehrheit von 72% der Bürger der Meinung, dass trotz Wirtschaftskrise an den Klimaschutzziele festgehalten werden sollte.

„Wer im Blick auf Quartalsbilanzen und Wahltermine vor allem Arbeitsplätze in scheiternden Industrien bewahren will, betreibt eine Politik von gestern.“ (S. 11)

Chance Internet

In der gegenwärtigen Metakrise sehen Leggewie und Welzer die Modernisierung der demokratischen Institutionen der Bürgergesellschaft als unabdingbar an: Der Ruf nach „Mehr Demokratie“ bedeute vor allem, innovative Formen direkter Beteiligung zu stärken. Erfolgreiche Klimapolitik erfordert „eine neue Kultur der Teilhabe“, meinen die Autoren, was natürlich eine aktive Bürgerbeteiligung voraussetzt. Die Rede ist vom „strategischen Konsumenten“, der durch Empowerment (Selbstermächtigung) und Resilienz (Widerstandsfähigkeit) eine „Kultur der Achtsamkeit“ schafft, in der die Prüfung und Überarbeitung bestehender Erwartungen und erhöhte Aufmerksamkeit für mögliche Fehler als Dimensionen permanenten Lernens angesehen und kultiviert werden. Leggewie/Welzer sehen daher Umwelt- und Klimaschutz als besten Nährboden für eine Renaissance des Politischen. Große Erwartungen werden v. a. in Online-Kampagnen (z.B. „utopia.de“ oder „compact.de“) gesetzt. Internet-Plattformen werden als Beteiligungsformen favorisiert, weil sie leichter, unmittelbarer und schneller als „klassische“ Formen subjektiv wahrnehmbare Wirksamkeit erzeugen können (vgl. S. 217). Gleichzeitig warnen die beiden jedoch vor allzu großer Euphorie, denn das Internet habe das Versprechen einer Wiederbelebung der Demokratie nie einlösen und der „gefühlten Partizipation“ der Fernsehdemokratie nicht viel hinzufügen können (vgl. S. 219). Auf konkrete Ziele fokussiert, würden Kampagnen, die auf neue Kommunikationstechnologie setzen (z. B. „die-klima-allianz“ und das „Klima-Bündnis“) aber durchaus Erfolge aufweisen, indem sie vernetzen und mobilisieren.

Modernisierung der Demokratie

Auf dem Weg zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Gesellschaft wünschen sich die Autoren eine Renaissance des Gemeinwesens im Sinne einer politischen Assoziation (in Erinnerung an die Außerparlamentarische Opposition der 60er Jahre jetzt „APO 2.0“ genannt), die nicht auf die Entfaltung der Produktivkräfte hofft, die

man 1968 vom Staat und 1989 vom Markt erwartete (vgl. S. 228), sondern sich die Frage stellt, wie die Welt in zehn oder 25 Jahren aussehen soll. Nur so könne eine „Wir-Gruppe“ entstehen, die Identität fördert nach dem Motto: WIR sind nicht so blöd, mit einem Geländewagen durch die Stadt zu fahren. Insgesamt ist die Demokratie trotz einer Vertrauenskrise in der Lage, den erforderlichen Wandel zu schaffen, so die beiden Forscher. Gleichermaßen beherzt wie eindringlich formulierend, wird eine „neue Politik“ weniger von den etablierten Parteien erwartet als von vom mündigen und engagierten Bürger erhofft. Dem Souverän wird zugetraut, mit dem Umlernen in Richtung Klimaschutz nicht erst übermorgen, sondern jetzt zu beginnen – und entsprechend zu handeln.

Alfred Auer

Aus: *pro ZUKUNFT 4/2009*



Franz Groll:
Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung.
 Hamburg: VSA-Verl., 2009, gemeinsam mit Publik-Forum Edition. 222 S. 16,80 Eur[D], 17,30 Eur[A] sFr 28,50 ISBN 978-3-89965-356-4

Bis zum Spätsommer 2008 beherrschte der Klimawandel die öffentliche Debatte. Diese wurde dann schlagartig durch die Finanz- und die dadurch entstehende Weltwirtschaftskrise abgelöst. Franz Groll beleuchtet beide Phänomene als Auswirkungen des Kapitalismus, der systeminhärent dem Expansions- und Akkumulationszwang unterliege. Der Autor, der 26 Jahre als Ingenieur bei IBM tätig war, dann in die Entwicklungszusammenarbeit wechselte und sich nun bei attac Deutschland und (nach 25-jähriger CDU -Mitgliedschaft) bei der Partei „Die Linke“ engagiert, prognostiziert nicht weniger als das bevorstehende Ende

des Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft und skizziert einen Übergang in eine postkapitalistische, solidarische Gesellschaft. Denn nur diese mache das Erreichen der Klimaschutzziele möglich.

Doch der Reihe nach. Geboten wird zunächst ein Überblick zur Geschichte des Wirtschaftens von den Jäger- und Sammlergesellschaften bis herauf zu den ersten ausdifferenzierten Stadtstaaten des europäischen Mittelalters sowie in der Folge der Ausbreitung des Industriekapitalismus samt seinen ersten Krisen, insbesondere den beiden Weltkriegen. Groll würdigt in der Folge die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft nach 1945 und er beschreibt deren schrittweise Demontage durch den Neoliberalismus seit Ende der 1970er-Jahre.

Die zentralen Krisen des Kapitalismus ortet der Autor in der Überproduktion, der übersteigerten Spekulation – und ähnlich wie Klaus Woltron („Die Perestroika des Kapitalismus“, 2009) – in der „exzessiven Geldschöpfung“. Da die Basis für reale geschaffene Werte in der menschlichen Arbeit läge, seien durch Spekulation und Geldschöpfung entstandene „Werte“ brüchig und krisenhaft. Und da die effektiven Gewinne immer aus der realen Wirtschaft gespeist werden müssten, könne sich der Finanzmarkt nicht dauerhaft „unabhängig von der realen Wirtschaft“ entwickeln (S. 105). Die unvorstellbare Gewinnentwicklung an den Finanzmärkten in den letzten 15 bis 20 Jahren hätte jedoch auch in der Realwirtschaft zur Begehrlichkeit nach immer höheren Gewinnen geführt. Diese gingen „zwangsläufig zulasten der Reallöhne, da selbstverständlich die erzeugten Werte nur einmal verteilt werden können“ (S. 105). Die Ursache für den Wachstumszwang sieht der Autor im Zwang der Unternehmen, immer höhere Zinsen für die aufgenommenen Kredite bedienen zu müssen. Dies und die zunehmende Konzentration des Reichtums würden das System schließlich ins Wanken bringen.

„Die neoliberale Globalisierungspolitik hat zu sinkenden Reallöhnen und zu steigenden Kapitaleinkommen geführt. Es darf angenommen werden, dass dies von Anfang an beabsichtigt war.“ (Groll, S. 109)

Wo sieht Groll Auswege? Er skizziert zunächst eine Perspektive gegen die weitere Öffnung der sozialen Schere „im Rahmen des kapitalistischen

Systems“, die drei Schritte umfasst: 1.) die breite Streuung des Vermögens „auf die gesamte Bevölkerung“, 2.) die verstärkte Finanzierung von Investitionen über Steuern (vor allem aus Kapitaleinkommen und Vermögen) sowie 3.) eine Senkung der Kapitalrendite bzw. deren steuerliche Abschöpfung (S. 114). Da diese Veränderungen derzeit an der Machtfrage scheiterten und – was noch wichtiger sei – angesichts der Umweltkrise auch nicht ausreichten, müssten wir eine noch grundlegendere Umsteuerung anstreben: eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, „die in der Lage ist, uns aus dem kapitalistischen Zeitalter ‚des Nicht genug‘ in das Zeitalter ‚des Genug‘ zu führen.“ (S. 116) Dieser Übergang werde sich nicht unproblematisch vollziehen: „Auf viele Gewohnheiten werden wir verzichten müssen, ebenso viel Neues, auch Angenehmes werden wir erfahren.“ (S. 117) Und da jeder Übergang in eine neue Epoche viele Unwägbarkeiten beinhalte, werde der „Widerstand groß sein“ und erst dann gelingen, „wenn klar ist, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.“ (ebd.)

Solidarische Gesellschaft

Im zweiten Teil des Buches beschreibt Groll die Grundzüge dieser neuen, solidarischen Wirtschaft: Diese sei für alle Menschen da, „alle müssen darin in allen Situationen des Lebens ein ausreichendes Auskommen haben und alle Arbeitsfähigen ihre Talente einbringen“ (S. 118). Der technische Fortschritt komme darin allen zu Gute, und erst das Gefühl der Wertschätzung und Zukunftssicherheit bringe die Kreativität der Menschen zum klingen: „Erst dann, wenn wir Anerkennung erfahren und die soziale Sicherheit gewährleistet ist, unter dieser Voraussetzung und nur unter dieser macht die Arbeit auch Spaß, dann sind wir in der Lage, unsere Kreativität und unsere Leistungsfähigkeit voll zur Entfaltung zu bringen – zum Nutzen aller.“ (S. 119) Der Autor beschreibt die Bausteine einer solidarischen Gesellschaft, die Bedeutung von Bildung und Erziehung, die Rolle der Wissenschaften, die Aufgaben der Politik und eines neuen Steuersystems, nicht zuletzt die Rolle von Unternehmen, die weiterhin marktwirtschaftlich geführt, aber auf Produkte beschränkt würden, die

auch ohne großen Werbeaufwand gekauft würden. Gewinne würden ebenfalls begrenzt – Groll schlägt vor auf maximal 5 Prozent der Lohnsumme, da das Erwirtschaftete das Werk aller Arbeitenden sei. Aktiengesellschaften würden verboten und von Teilhabergesellschaften abgelöst, die Mitbestimmung in den Betrieben würde stark ausgeweitet (Argument wie oben).

Als zentral erachtet der Autor markante Umverteilungen innerhalb der Arbeitseinkommen (Berufe mit Hochschulabschluss sollen maximal mit dem Fünffachen des Mindestlohnes abgegolten werden) sowie bei den Vermögen (Zinsen und Gewinnen sollen beschränkt werden). Die Spekulation würde ganz unterbunden, die Tätigkeit der Banken wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt, und die Kontrolle des Geldes, Geldverkehrs und der Geldvermögen durch den Staat übernommen.

„Die Menschen haben es förmlich satt, die Melkkuhe für eine relativ kleine Schicht von Kapitalbesitzern zu sein.“ (S. 216).

Kritik an „Rettungsaktionen“

Groll ist überzeugt, dass mit den derzeit vollzogenen „Rettungsaktionen“ gegen die Finanzkrise die Chance, die Kapitalblase zu verkleinern, und damit auf eine Gesundung des Wirtschaftssystems vertan werde. Die Maßnahmen der deutschen Regierung seien „nichts anderes als ein Rettungsversuch für das Überleben des kapitalistischen Systems, der auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung ausgetragen wird, zugunsten einer Minderheit mit hohem Vermögen“ (S. 196). Es werde die Botschaft ausgesandt, dass man ruhig gewagte Spekulationsgeschäfte eingehen könne, denn „in der Not wird der Staat schon helfen“ (ebd.). Der Autor hofft jedoch auf einen Meinungswandel in der Bevölkerung: So wie sich die BürgerInnen der DDR bewusst geworden seien, dass sie das Volk sind, so würden sich „in wenigen Jahren die Menschen darüber bewusst werden, dass ihre Arbeitsleistung die Quelle des Wohlstands ist, der dementsprechend gerecht zu verteilen ist“ (S. 217). Groll fordert insbesondere die Kirchen auf, sich in diesem Sinne für (globale) Gerechtigkeit zu engagieren, er hofft auf offene Gewerkschaften und auch auf die „vielen verantwortungsbewussten Unternehmer, Handwerker, Selbstständige und Landwirte,

denen klar ist, dass sie nicht den Ast absägen dürfen, auf dem sie sitzen“ (S. 209) und er setzt auf neue politische Bewegungen, wie etwa „Die Linke“ in Deutschland.

Ein Band mit zahlreichen Vorschlägen zur Umsteuerung, der auch den häufig vorgebrachten Gegenargumenten wie etwa die Fluchtmöglichkeit des Kapitals nicht ausweicht, jedoch darauf beharrt, dass das erwirtschaftete Vermögen das Werk aller ist und daher allen zu Gute kommen müsse. Das Buch ist somit ein Appell an uns als BürgerInnen, von der Politik die entsprechenden Rahmensetzungen zu bewerkstelligen. Ein Plädoyer für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, das sich gut in andere Vorschläge, etwa Christian Felbers „Von der Konkurrenz zur Kooperation“ (2009) einreicht.

Hans Holzinger
Aus: *Pro ZUKUNFT 2/2009*

Fünf Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft

„1.) Signifikante Reduzierung der Unterschiede bei den Arbeitseinkommen.
2.) Zinsen und Gewinne müssen beschränkt werden. 3.) Die Spekulation ist gänzlich zu unterbinden. 4.) Die Tätigkeiten der Bank müssen auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt werden, nämlich: Weitervermittlung der Kundeneinlagen an Kreditnehmer und Abwicklung des Zahlungsverkehrs. 5.) Die Kontrolle des Geldes, des Geldverkehrs und der Geldvermögen.“ (Groll, S. 145)



Welches Wachstum ist nachhaltig?

Ein Argumentarium.
Hrsg. v. Friedrich Hinterberger... Wien: Mandelbaum-Verl., 2009.
234 S. € 17,80 [D], 18,50 [A], sFr 30,50
ISBN 978385476-296-6

„Wirtschaftswachstum gehört neben dem Bevölkerungswachstum zu den wichtigsten Triebkräften der globalen Umweltveränderungen. Obwohl die Wirtschaft Rohstoffe und Energie immer effizienter nutzt, ist weltweit keine Entlastung der globalen Ökosysteme zu beobachten.“ Mit dieser Feststellung erinnert das Herausgeberteam des vorliegenden, im Rahmen des Projektes „Wachstum im Wandel“ entstandenen „Argumentariums“ an die 1972 erstmals vom Club of Rome diagnostizierten „Grenzen des Wachstums“. Technologische Innovation allein reiche nicht aus, um eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs insgesamt zu erzielen, die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist. Notwendig seien strukturelle Veränderungen und eine neue Sicht auf Wohlstand und Lebensqualität, so die Ausgangsthese des Projektteams um *Friedrich Hinterberger* vom Sustainable Europe Research Institute (SERI).

Dass diese Sichtweise mittlerweile nicht mehr auf einschlägige Institute der „Nachhaltigkeitsszene“ beschränkt ist, macht *Rita Trattnigg*, Mitarbeiterin des Österreichischen Lebensministeriums, gleich in ihrem einleitenden Aufriss zur Genese des Wachstumsdiskurses deutlich. Mit der „Lissabon-Strategie“ habe die EU zwar zum einen den Wachstumspfad prolongiert – die EU soll bis 2010 zur „wettbewerbsfähigsten Region“ der Welt aufsteigen –, parallel dazu würden jedoch Alternativen angedacht: etwa in der „Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie“ (2006), die eine Weichenstellung für „post 2010“ geben könnte, oder eine 2007 gemeinsam von der EU-Kommission, dem EU-Parlament, der OECD, dem WWF und dem Club of Rome gestartete „Beyond GDP-Initiative“, die Ergänzungen zum Bruttonationaleinkommen als Wohlstandsindikator fordert. Erwähnt werden auch zwei nationale Initiativen, die sogenannte „Stiglitz-Kommission“ des französischen Staatspräsidenten Sarkozy sowie das Projekt „Re-

defining Prosperity“ der „UK Sustainable Development Commission“, die nach neuen Indikatoren für die Wohltandsmessung suchen.

Triebfedern des Wachstums

Wertvolle Argumente für diese Weichenstellung liefert die vorliegende Studie. Einer Klärung von Begriffen wie Wirtschaftswachstum, Wohlstand oder Wohlfahrt folgen Analysen zu den „Triebfedern des Wachstums“, dem Zusammenhang von Wachstum, Innovation und Umweltzerstörung (z. B. Reboundeffekte) sowie – und das mag für manche neu sein – zu den „psychologischen Triebfedern des Wachstums“, etwa dem verbreiteten Suchtverhalten. Anschließend wird die These argumentiert, „warum anhaltendes wirtschaftliches Wachstum möglicherweise nur ein Ausnahmefall der Geschichte sein könnte“ (S. 54). Gesehen werden drei Gründe: „Konsumzurückhaltung, Freizeit als von den Menschen gewünschtes Gut und systemimmanenter Wachstumsrückgang“ (ebd.).

Konsumzurückhaltung kann – so das Projektteam – mit erneutem Sparen (was derzeit angesichts der „Krise“ ja passiert), einer alternativen Befriedigung von Bedürfnissen (z. B. mehr Zusammensein mit Familie und Freunden statt Statuskonsum) sowie einer frei gewählten „neuen Einfachheit“ (voluntary simplicity) zusammenhängen. Eine wichtige Rolle wird dem Bedürfnis nach mehr (frei verfügbarer) Zeit zugeschrieben, das zu neuen Konsummustern, bewusster Inkaufnahme finanzieller Einbußen und auch zu anderen Formen der Arbeit (Konzept der „Mischarbeit“) führen könnte.

Der systemimmanente Wachstumsrückgang wird schließlich in der physischen Unmöglichkeit exponentiellen Wachstums gesehen, das als „wachsendes Wachstum“ bezeichnet wird (allein ein exponentielles Wachstum von 2 Prozent bedeutet eine Verdoppelung alle 35 Jahre). Zitierten Ergebnisse des Instituts für Wachstumsstudien in Gießen zufolge sind alle „entwickelten Volkswirtschaften“ mittlerweile zu linearem Wachstum übergegangen (Zu ergänzen ist, dass es derzeit sogar Schrumpfung gibt, was etwas verwirrend mit Negativwachstum umschrieben wird).

„GRÜNDE“ FÜR WIRTSCHAFTSWACHSTUM?

Wachstum erhöht den Wohlstand (verfügbares Einkommen): Wenn sich Lebensqualität zunehmend vom monetären Einkommen entkoppelt, wäre weder mit mehr oder weniger Wachstum eine Schlechterstellung der Bevölkerung verbunden (vorausgesetzt, alle können ihre (Grund-)bedürfnisse befriedigen).

Wachstum erhöht die Beschäftigung und senkt Arbeitslosigkeit: Da in den letzten Jahren in hochentwickelten Ländern wie Österreich das Wirtschaftswachstum nicht in der Lage war, die Arbeitslosigkeit zu senken und laut Wirtschaftsprognosen auch dazu weiterhin nicht in der Lage sein wird, sollte nicht nur nach Strategien gesucht werden, das Wachstum zu erhöhen. Eine Umverteilung von Arbeit (auch hin zu informellen Arbeitsformen) stellt eine Alternative dar.

Wachstum entschärft Verteilungskonflikte: Dies ist auch möglich, wenn wohlhabendere Bevölkerungsgruppen aufgrund der zunehmenden Entkopplung von Einkommen und Lebensqualität auf Zuwächse „verzichten“, z. B. wenn gut verdienende Männer sich in ihre Familien engagieren und so Beschäftigungsmöglichkeiten für bisher schlecht bezahlte Arbeitskräfte schaffen.

Wachstum ermöglicht Entwicklungshilfeszahlungen: Ein Zusammenhang ist zumindest für Österreich nicht erkennbar; es gilt aber das zum Thema Steuern und Sozialabgaben Gesagte: Eine Umorientierung des Steuersystems in Richtung „öko-soziale Fiskalreform“.

Wachstum erleichtert die Bedienung von Staatschulden und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme: Dies ist auch möglich durch eine Umwidmung des Staates aus Ressourcensteuern bzw. Gewinnen.

Wachstum verschafft einen Vorsprung im Systemwettbewerb: Wettbewerb wird sich in Zukunft viel stärker in den Bereichen „weicher“ Faktoren, also insbesondere auch des Human- und Sozialkapitals „abspielen“.

Wachstum stärkt den Umweltschutz: Dieser Zusammenhang ist eher ein negativer: Wachstum konterkariert also (integrierten) Umweltschutz, der im Wesentlichen eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs erfordert.

(in: Welches Wachstum ist nachhaltig? S. 87f)

Human- und Naturkapital

Hilfreich am vorgelegten „Argumentarium“ ist schließlich die Ausweitung des Kapitalbegriffs (S. 82). Dem Finanzkapital komme demnach nur mehr eine begrenzte Rolle zu, bedeutender würden Sachkapital (bereits vorhandene Infrastrukturen), Naturkapital („Land, Wasser, Atmosphäre und die darin enthaltenen Naturressourcen“), Humankapital („körperliche Fähigkeiten von Menschen, ihre Intelligenz und ihr Wissen“, „Dimensionen, die zu Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit beitragen, wie Gesundheit, Ausbildung und Glück“) sowie Sozialkapital („Netzwerke von Einzelpersonen und Gruppen, die der Gesellschaft Mehrwert liefern und das Teilen von Informationen einschließen“). Die Einbeziehung aller Kapitalformen ermögliche nun, so die einleuchtende Schlussfolgerung, eine Neudefinition von Wachstum: „Wachstum von Human- und Sozialkapital und Erhaltung oder gar teilweiser Ausbau von Naturkapital geben dem Sach- und Finanzkapital eine veränderte Rolle.“ (S. 83). Aufgabe von Nachhaltigkeitsstrategien sei dann „das Management der Kapitalformen“ im Sinne von Wohlfahrt.

Die dem „Argumentarium“ angefügten Kurzbeiträge von insgesamt 26 WissenschaftlerInnen (aus dem gesamten deutschen Sprachraum) können hier nur exemplarisch ange deutet werden. Der an der Universität Oldenburg lehrende Ökonom *Niko Paech* – von ihm stammt die Strategie der alternativen Befriedigung von Bedürfnissen – skizziert das Bild einer „Postwachstumsökonomie“, die auf „Entrümpelung und Entschleunigung“ sowie auf einer „Neujustierung der Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung“ basiert. Eine schrittweise „De-Globalisierung“ (Walden Bello) würde „kein Zurück in die Steinzeit“ bedeuten, so Paech, sondern regionalwirtschaftliche Ansätze ins Zentrum rücken, die ebenso „Handlungsfelder für technische Innovation und unternehmerisches Agieren“ böten.

„Es geht nicht darum, auf die Erfüllung von Bedürfnissen zu verzichten, sondern gewisse Strategien nicht mehr anzuwenden.“ (Hinterberger u. a. S. 71)

Michaela Moser, Vizepräsidentin des Europäischen Antiarmutsnetzwerks, weist in ihrem Beitrag „Es ist genug für alle da“ zu Recht auf die Notwendigkeit hin, die Verteilungsperspektive in den Nachhaltigkeitsdiskurs zu integrieren. Überdies plädiert sie – in Ergänzung zu anderen – für die erneute Stärkung der „Care-Perspektive“, also aller „der Erhaltung des Lebens“ dienenden Aktivitäten. „Wachsende Sorge“ stünde in diesem Sinne nicht länger für den angstvollen Blick in die Zukunft, sondern gemäß dem „Konzept der Fürsorge“ für die „Einsicht in die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels“ (S. 201).

Andreas Breitenfellner, Mitarbeiter der Österreichischen Nationalbank, hinterfragt gängige Sichtweisen des Wirtschaftsdiskurses („Die Annahme, dass Finanzmärkte das Niveau als auch die langfristige Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens direkt beeinflussen, gilt als eine der höchst kontroversiellen Prädispositionen der modernen Makroökonomie“, S. 97) in der aktuellen Finanzkrise der „Blasen“. „sieht der Ökonom das „Scheitern des Versuchs, den Wandel hin zu linearem statt exponentiellem Wachstum aufzuhalten“ (ebd); er verweist (einmal mehr) auf die ökonomischen Folgekosten der Umweltzerstörung (etwa des Klimawandels) und sucht schließlich nach einer Ökonomie, die „auf die Optimierung statt auf die Maximierung des Wachstums“ (s. 122) orientiert ist.

Von der Verdrängung zur Verantwortung

„Sowohl unsere Produktionsweise als auch unseren Konsum betreffend werden wir von bequemen Gewohnheiten Abschied nehmen müssen. Die Psychologie kennt fünf Phasen der Trauer: Verdrängung, Wut, Feilschen, Depression und Akzeptanz. Ohne den Vergleich überstrapazieren zu wollen, erinnern doch viele Argumente der gegenwärtigen Debatte über Klimawandel und Ressourcenknappheit ein wenig an die eine oder andere dieser Phasen.

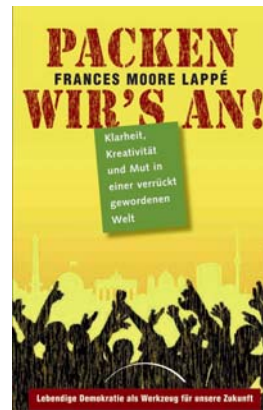
Nach Jahrzehnten der Verdrängung und offenen Aggression gegen die Überbringer der unerfreulichen Botschaft folgten Versuche, die Verantwortung (etwa auf die Schwellenländer) abzuschieben. Immer wieder klangen auch Töne der Resignation durch, bis sich die Staatengemeinschaft endlich der Herausforderung zu stellen begann.“ (Andreas Breitenfellner, S. 124)

Neue Unternehmensformen

Der Schweizer Ökonom *Hans Christoph Binswanger*, der den immanenten Wachstumszwang des kapitalistischen Systems dargelegt hat („Die Wachstumsspirale“, 2006), weist überzeugend darauf hin, dass eine nachhaltige Wirtschaftsweise „institutioneller Reformen“ bedürfe, die über die Erhöhung der Ressourceneffizienz und konventionellen Umweltschutz hinausgehen. Er nennt vier solcher Reformen (S. 225ff): 1) Ersetzung des Gesellschaftsrechts der Aktiengesellschaft (in die ein besonderer „Wachstumsdrang“ eingebaut ist) durch „eine Unternehmungsform, die auf dem Stiftungsrecht beruht, d. h. die auf das in der Stiftungsverfassung genannte Produktionsziel ausgerichtet ist“. 2) Reform des Geldsystems zur Minderung des Wachstumszwangs dergestalt, dass Geldschöpfung nur mehr der Zentralbank obliegt; Banken würden verpflichtet, das Buchgeld zu 100 Prozent durch Zentralbankguthaben bzw. Banknoten zu decken. Dies würde auch die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems verringern und damit die ökonomische Nachhaltigkeit erhöhen: „Die Gewinne werden geringer, aber die Sicherheit wird größer.“ 3) Anpassung der Eigentumsformen an das Nachhaltigkeitsziel durch Wandel vom Eigentumsrecht des „Dominium“ (Recht zum bedenkenlosen Gebrauch und Verbrauch der Natur) hin zum „Patrimonium“ (Recht, sein Eigentum so zu nutzen, dass man es seinen Kindern weitervererben kann); gemeint sind der Einbau von Eigentumspflichten „für einen sorgsamen Umgang mit den Naturgütern“. 4) Integration der Eigenarbeit und „eines unter Umständen obligatorischen Sozialdienstes in die Einkommenspolitik“.

Allein diese vier Vorschläge geben wohl genügend Stoff für weitere Diskussionen. So stellt der Band eine wertvolle Grundlage zur vertiefenden Auseinandersetzung mit strukturellen Weichenstellungen dar, die Nachhaltigkeit von der beliebten Formel für Sonntagsreden zur Ernst genommenen Zukunftsstrategie werden lassen.

„Wer an materieller Optionenvielfalt zu ersticken droht, verzichtet nicht, sondern befreit sich von Überflüssigem.“ (Niko Paech, S. 221)



Moore Lappé, Frances:
Packten wir's an!
Klarheit, Kreativität und Mut in einer verrückt gewordenen Welt.
Bielefeld: J. Kamphausen, 2009. 282 S., € 17,50 [D], 18,- [A], sFr 30,60, ISBN 978-3-89901-178-4

Die ordnungsstiftende Rolle des Staates und die politische Mitbestimmung auf der Grundlage einer lebendigen Demokratie – beide Pole einer tragfähigen gesellschaftlichen Entwicklung, sind durch die trügerischen Versprechen einer marktorientierten Wachstumsideologie in die Krise geraten. Der Staat, über viele Jahre mehr oder minder heftig als Störfaktor einer angeblich „freien“ wirtschaftlichen Entwicklung denunziert, soll heute als Rettungsanker einer ins Trudeln geratenen global strukturierten Ökonomie so ziemlich alles und jeden vor dem drohenden Abgrund retten. Es bedarf keiner prophetischen Gaben um zu erkennen, dass er damit ebenso überfordert ist wie eine Demokratie, die Teilhabe zwar formal gewährleistet, das Vertrauen der BürgerInnen aber verspielt hat.

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch spricht in seinem kürzlich auch in deutscher Sprache vorgelegten Essay von „Postdemokratie“ und nennt im Wesentlichen drei Gründe für den Vertrauensverlust der herkömmlichen demokratischen Strukturen: Erstens das generelle Versagen der Parteien in der Abbildung der neuen sozialen Schichten und ihre Gegensätze; zweitens das Fehlen adäquater Rezepte um auf Prozesse der (ökonomischen) Globalisierung zu reagieren und drittens die mediale Inszenierung und Personalisierung der Politik, die in ihrer Substanzlosigkeit der totalen „Kommerzialisierung des Privaten“ Vorschub leistet und damit - wie Klaus Firlie, Präsident der Robert-Jungk-Stiftung, diagnostiziert - dem „Erlebniskapitalismus“ als Vollstrecker eines „posthumanen Zeitalters“ das Feld gesellschaftlichen Handelns bereitwillig überlassen hat.

So richtig und treffend diese Analysen auch sein mögen, so sind sie doch nicht ohne Alternative. Einen Beweis für diese These bietet Frances Moo-

re Lappé, die gemeinsam mit der Tochter Anna im Jahr 2001 das „Small Planet Institute“ (www.smallplanetinstitute.org) ins Leben gerufen hat, um den Nachweis zu erbringen und die Einsicht zu fördern, dass Demokratie mehr bedeutet als „Wahlen und unternehmerischer Kapitalismus“. Wie im Gegensatz zur auch von ihr kritisierten „Oberflächlichen Demokratie“ eine Gesellschaft aussehen könnte, „in der Menschen sich engagieren, um ihren Werten in öffentlichen Diskussionen Gehör zu verschaffen, hat die für ihren Einsatz um „Ernährungssouveränität“ weltweit bekannte und 1987 mit einem Alternativen Nobelpreis gewürdigte Aktivistin in einem soeben erschienenen Buch eindrucksvoll dargelegt.¹⁾ Wir müssten, so die Autorin, „die Spirale der Machtlosigkeit durchbrechen“ und stattdessen das „Prinzip der (Selbst)Ermächtigung“ zur Grundlage „Lebendiger Demokratie“ machen. Kooperation, Fairness und die Bereitschaft, selbst „Macher“ (nicht „Jammerer“ oder bloß „Zuseher“) zu sein, würden uns befähigen, „die Knappheit, die wir selbst schaffen, und die wir fürchten, zu überwinden“ (S. 71). Demut und Hoffnung seien die besten Voraussetzungen für tiefgreifenden Wandel, denn „wenn wir erkennen, dass es in dieser einzigartigen Zeit unmöglich ist zu sagen, was möglich ist, dann entdecken wir, dass wir frei sind“ (S. 49). „Praktisch bedeutet Lebendige Demokratie, dass die Macht der Stimmen und die Werte der Bürger unser öffentliches Leben durchdringen und die Macht des Geldes aus den politischen Entscheidungen verdrängen.“ Die „Ökologie der Demokratie“, so Moore Lappé, sei von fünf Qualitäten bestimmt: sie ist 1.) dynamisch und niemals fertig, 2.) von Werten und nicht von Dogmen gelenkt, 3.) zu erlernen, nicht automatisch gegeben, 4.) Macht kreierend, nicht kontrollierend, sowie 5.) umfassend, nicht isoliert. Wie Lebendige Demokratie „sich anfühlt“, das beschreibt die Autorin an zahlreichen Beispielen, etwa der Initiative von Martha McCoy und der Arbeit des von ihr geleiteten „Zentrums für Alltägliche Demokratie“ in Kansas City, an dem heute 1.300 Freiwillige an der Lösung kommunaler Herausforderungen mitwirken. Sie berichtet von BürgerInnen, die ihre Regierungen, aber auch die Wirtschaft zur Umsetzung verpflichtender Standards veranlassen, von Menschen,

„die das Gefühl entwickeln, träumen zu können“ und so erhebliche Mittel für gemeinnützige Projekte lukrieren, von der Kraft „lokaler, lebendiger Ökonomien“ oder von Schulen und Universitäten, an denen Lebendige Demokratie gelehrt und auch praktiziert wird. Begleitet und unterstützt von nicht weniger als vier Revolutionen (der Kommunikation, der Vernetzung, der menschlichen Würde und der Ökologie) sei die Zeit für machtvolle Veränderung als vor allem auch kulturelle Aufgabe gekommen.

Moore Lappé spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Wahl, die wir nicht haben: Denn „die Entscheidung vor der wir stehen, ist nicht die, ob wir die Welt verändern wollen, sondern wie wir die Welt verändern wollen“. Konkretere Vorschläge und ermutigendere Beispiele, in welche Richtung wir uns zur Wiederentdeckung der Demokratie aufmachen sollten – die, unterstützt durch das Lektorat von Jürgen Streich, auch um Initiativen und Berichte aus Deutschland ergänzt wurden – sind kaum zu finden.

Walter Spielmann
Aus: *pro ZUKUNFT 1/2009*



Armin Laschet:
Die Aufsteigerrepublik.
Mit Zuwanderung als
Chance.
Köln: Kiepenheuer &
Witsch. S. 291. €
19,95[D], 20,60 [A],
sFr 33,90
ISBN 978-3-462-04107-7

Integration durch Bildung

Über 50 Jahre, so die die provokante, aber gut begründete These des Autors, habe Deutschland seine Zuwanderungsgeschichte ignoriert. Höchste Zeit dies zu ändern: „Aufstieg muss wieder zum politischen Programm und zum politischen Versprechen werden“, postuliert Armin Laschet und stellt damit ein gleichermaßen ambitioniertes wie stimmiges Konzept für Deutschland zur Diskussion.

Seine fundierte und letztlich alternativlose Perspektive ist der „Weg zurück zur Aufsteigerrepublik“.

Laschet weiß wie kein anderer, wovon er spricht: 1961 als Sohn eines Bergmanns, der sich bis zum Schulleiter hocharbeitete, in Aachen geboren, ist er seit 2005 „Integrationsminister“ in Nordrhein-Westfalen und als solcher der – soweit ich sehe – politisch unumstrittene Promotor einer Gesellschaft, die Integration als Ermöglichung gesellschaftliche Teilhabe verstanden und daran alle beteiligt sehen will: „Die Aufsteigerrepublik“ sieht Laschet als veränderungswillige Gesellschaft, die „die Anforderung an jeden Einzelnen: ‚Mach was aus dir und deinem Leben, streng dich an!, und die Forderung an die Gesellschaft: ‚Sei transparent, schaffe Möglichkeiten und Unterstützung, fördere und vermittele dadurch Hoffnung“ (S. 37f.) zusammenführt.

Um der diagnostizierten „Erstattung der Gesellschaft“ – die Folgekosten unzureichender Integration betragen in Deutschland rund 16 Mrd. Euro pro Jahr (S. 31) – entgegenzuwirken, verweist Laschet auf die historische Entwicklung der Bundesrepublik, die schon zwei Mal zu „einem neuen Wir“ gefunden habe: Ohne den Zuzug tausender Arbeitskräfte zuerst aus Osteuropa, später aus der Türkei und Südeuropa sei das „Wirtschaftswunder Deutschland“ nach 1945 nicht zu denken; mit der Wiedervereinigung 1989 aber hätten „wir Deutschen - unbeabsichtigt oder willentlich – den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte den Rücken gekehrt“ (S. 82), so, knapp zusammengefasst, Laschets Blick auf die Erfolgs- und die Schattenseiten der Migrationsgeschichte in Deutschland seit 60 Jahren. Zeit also für einen dritten Anlauf!

Fördern und fordern

Natürlich seien nicht alle (ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte) dazu berufen, leitende Funktionen in der Gesellschaft zu übernehmen, aber für alle – so ist nicht nur der Autor überzeugt – „soll Aufstieg zukünftig schmerzfreier sein“, und das „erfordert das Mitmachen aller“ (S. 92).

„Ungleichheit erträgt eine Gesellschaft nur, wenn sie durch Bildung und Aufstieg veränderbar und gestaltbar ist. Wenn Bildungsgerechtigkeit besteht, hat jeder die Chance, durch eigene Anstrengung nach oben zu kommen.“ (A. Laschet, S. 282)

Es sei ein „Gebot politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Klugheit, radikal umzusteuern und das Geld in Köpfe zu stecken, anzufangen mit den kleinsten Köpfen. Jetzt Bildung zu fördern, bringt auf lange Sicht sogar Zinsen: mehr Steuern, weniger Transferleistungen“ (S. 104). Dreh- und Angelpunkt eines Bildungsprogramms, das sich die Umsetzung von Chancengerechtigkeit zum Ziel setzt, ist nach Laschet die frühzeitige Feststellung und Förderung deutscher Sprachkompetenz. Diese ist in NRW für 4-Jährige übrigens seit Kurzem verpflichtend – und zeitigt Handlungsbedarf, denn bei nicht weniger als 20 Prozent der der Kinder – nicht nur mit Migrationshintergrund – gibt es Anlass zu gezielter Förderung.

Investitionen in Bildung

Weitere von Laschet vorgeschlagene Maßnahmen: der massive Ausbau der (Ganztags)Schule zu einem „Lebensraum“, der Lernen, Sport und kulturelle Aktivitäten anbietet (bis 2010 stellt NRW allein für Maßnahmen im Primär- und Sekundarbereich zusätzlich 175 Millionen Euro zur Verfügung); Bewusstseinsbildung bei Eltern mit Migrationshintergrund; Einführung eines freiwilligen „Bildungsjahrs“; Förderung der „Durchlässigkeit“ von Schulen, Fachhochschulen und Universitäten; Einführung staatlich geförderter „Bildungskonten“ und nicht zuletzt die „Pflicht zur Aufstiegsprüfung“, die zur Wahrnehmung von Karrierechancen beitragen soll (vgl. S. 235ff). Von der Verpflichtung zu „nachholender Integration“ sollten, so Laschet, nur ältere Mitbürger mit Zuwanderungsgeschichte ausgenommen werden. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, die Erleichterung des Zuzugs für AusländerInnen sowie die Förderung von kultureller wie religiöser Identität (bei Anerkennung der Verfassung) sieht der CDU-Politiker ohne Wenn und Aber als Merkmale einer „Aufsteigerrepublik“ an, die Vielfalt als Chance, und nicht als Risiko begreift.

„Es geht im Deutschland des 21. Jahrhunderts nicht um die Gefahr der „Überfüllung“, sondern um das Risiko des Mangels an kreativen, leistungsfähigen und leistungsfähigen Menschen. Wer als Flüchtling den Weg aus desolaten Verhältnissen gefunden hat, die zum Abschied vom bisherigen Leben geführt haben, hat Mut, Ausdauer und Kreativität bewiesen. Er oder sie ist nicht nur hilfsbedürftig, sondern in aller Regel auch tatkräftig und bereit, sich dafür einzusetzen, dass es in der neuen Heimat zu einem guten, erfolgreichen Neustart kommt.“ (A. Laschet, S. 241)

Nicht zuletzt mit dem Hinweis darauf, dass die Zahl der Asylbewerber in Deutschland von 1992 (mehr als 438.000) bis 2008 (knapp über 22.000) auf etwa ein Zwanzigstel zurückgegangen ist (S. 242), macht er deutlich, dass - nicht nur in Deutschland - die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Anbetracht der demographischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen unabdingbar ist. Welches Potenzial sich dadurch für alle eröffnet, verdeutlichen nicht zuletzt die Gespräche und ‚Hintergrundgeschichten‘ mit denen der Autor seine an Daten, Fakten stimmigen Argumenten reiche Darstellung durch Authentizität anzureichern und glaubhaft zu vermitteln weiß.

Armin Laschet hat ein von persönlicher Überzeugung und Menschlichkeit getragenes, fundiertes und zugleich visionäres Buch vorgelegt, das Deutschland den Weg zu einer Gesellschaft der Toleranz und Chancengerechtigkeit weist. Über die Grenzen seines Landes hinaus sind ihm zahlreiche Leser und zu wünschen.

Walter Spielmann
Aus: *pro ZUKUNFT* 4/2009

„Damit Menschen gemeinsam Ziele formulieren und realisieren können, brauchen sie eine Idee von dem, was ihnen gemeinsam ist, was sie verbindet. Sie brauchen ein gemeinsames Drittes, das sie schätzen.“ (Christine Ax, S. 31)



Ax, Christine:
Die Könnensgesellschaft. Mit guter Arbeit aus der Krise.
Berlin: Rhombos, 2009.
276 S. € 29,60 [D], € 30,50 [A], sFr 50, 20
ISBN 978-3-938807-96-5

Von der Wissens- zur Könnensgesellschaft

Der Titel dieses Buches ist bewusst gewählt. Während alle von der Wissensgesellschaft reden, geht Christine Ax einen Schritt weiter. Sie hinterfragt die vorschnelle Euphorie über die neue wissenschaftsbasierte Gesellschaft und stellt dieser eine Gesellschaft der Fähigkeiten bzw. Befähigung – also die Könnensgesellschaft – entgegen.

Dabei lehnt die Autorin selbstredend Wissen nicht ab, sondern geht über dieses hinaus: „Könnerschaft erwächst aus dem Handeln. Wissen ist ein Teil und Voraussetzung von Können. Können ist eine praktische Form des Wissens.“ (S. 34) Könnerschaft erfordere sehr viel Wissen, jedoch „ein an Erfahrung gesättigtes, auf Erfahrung beruhendes Wissen.“ (S. 35) Und anders als für Wissen gebe es für Können immer einen Beweis: „das Handeln“ (ebd). Ax kritisiert die Beliebigkeit der modernen Informationsgesellschaft: „Wirklich wichtiges Wissen, das für unser Handeln relevant ist, können wir nicht beliebig vermehren.“ (S. 44) Jeder rein mengenmäßige Zugang zu dieser Frage gehe an der Sache vorbei und erzeuge eine „dumme Hektik, einen gefährlichen Stress, der uns unfähig macht, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden und die richtigen Entscheidungen zu treffen“ (ebd.).

Die Autorin problematisiert das noch immer an Wissensvermittlung orientierte (deutsche) Schulsystem und fordert – mit dem Pädagogen Peter Struck („Die 15 Gebote des Lernens“) einen ganzheitlichen, alle Sinne und auch das Tun einschließenden Unterricht. Und sie wendet sich entschieden gegen die fragmentierte, in monotone Einzelschritte zerlegte, für viele immer sinnloser erscheinende industrielle Produktionsweise, die mittlerweile auch zahlreiche Dienstleistungsberufe erfasst habe (etwa Callcenter).

„Die Betriebswirtschaftslehre hat uns in der Vergangenheit immer nur erklärt, wie man in Lohnstückkosten denkt, mit der verheerenden Folge, dass wir nicht nur im Müll ersticken, sondern auch immer mehr Menschen nichts anderes mehr können dürfen, als zu konsumieren.“ (S. 15f)

Kultur des Tätigseins

In Rückblende auf Philosophien des Tätigseins von Aristoteles bis Hannah Arendt, aber auch in Würdigung früher Kritiker des Industrialismus wie den Verteidiger handwerklichen Produzierens gegen die Einführung der ersten Fabriken im 19. Jahrhundert, John Ruskin, den utopischen Sozialisten William Morris oder den gegen die Verzweckung des Lebens anscheinenden Schriftsteller Oscar Wilde, plädiert Ax für ein Tun, das Selbstverwirklichung ermöglichte und den Sinn in sich selbst finde. Sie wird dabei etwa auch fündig im buddhistischen Denken, das Vervollkommnung „in der Arbeit“ als „Arbeit an sich selbst“ sucht. Am stärksten verwirklicht sieht die Autorin diese Ansprüche an Arbeit im Handwerk (ihr letztes Buch was der „Zukunft des Handwerks“ gewidmet), das geprägt sei von „Freiheit und Selbstbestimmung“, „Arbeit an der eigenen Könnerschaft“, „Handeln in Harmonie und mit ethischen Prinzipien“, „Dauerhaftigkeit und Wertigkeit der Arbeit und des Werkes“ sowie „Respekt und Wertschätzung für die eigene Arbeit und die Arbeit der anderen“ (S99f).

„Rückwärtsgewandte Sozialromantik“ könnte man einwenden, war es doch gerade die industrielle Produktionsweise, die unseren materiellen Massenwohlstand ermöglicht hat. Ja, das stimmt. Doch die Autorin kritisiert auch diesen als entfremdend: „Eine Gesellschaft, die Menschen ´produziert´, die nichts mehr können (dürfen) außer konsumieren, fühlt sich ärmer als viele ´arme´ Gesellschaften.“ (S. 27f) So sieht Ax in einem postindustriellen (und postfossilen) Wirtschaften auch die attraktivste und obendrein einzig nachhaltige Zukunftsstrategie. „Das Prinzip Industrie ist am Ende“ meint sie pointiert (S. 109). Dass wir heute an die Grenzen des Wachstums stoßen, sei „so gesehen das Beste, was uns widerfahren kann. Die Krise ist die Chance.“ (S. 24)

Ax lässt es dabei nicht mit Appellen etwa an Konsumverzicht bewenden, sondern sie fordert politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die einen Weg in nicht entfremdende Arbeit ermöglichen. Als Hauptursachen für die Zementierung des Status quo (in Deutschland) sieht sie den „Egoismus der Eliten“, die „Abschottung nach unten“ und eine „unsoziale Bildungspolitik“ (S. 112), weiters die „einseitige Politik zugunsten der Großindustrien und der Exportwirtschaft“ sowie die „Umverteilungsorgien der vergangenen Jahrzehnte, auch in Folge der Liberalisierung der Finanzmärkte“ (ebd).

So seien auch die gegenwärtigen Strategien gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise kontraproduktiv, da sie nicht bzw. zu wenig auf die Kleinbetriebe abzielen: „Die ungedeckten Schecks zahlen die ´Produktiven´“ (S. 115), meint die Autorin mit Blick auf die enorme Staatsverschuldung.

Ökonomie der Nähe

Wo sieht Ax konkrete Zukunftspfade? In der Renaissance handwerklicher Produktion, in einer „Ökonomie der Nähe“, im „Reichtum Region“ („Es ist möglich, unseren alltäglichen Wohlstand in unserer Mitte zu erzeugen.“ S. 217), in Bewegungen wie „Slow food“ oder „Slow work“, in einer „Wirtschaft von unten“ vieler Kleinbetriebe oder Genossenschaften. „Alles nur Schlagworte“, könnte hier wieder als Einwand kommen. Mitnichten, meine ich. Zum einen gibt es mittlerweile zahlreiche Initiativen eines anderen Wirtschaftens, es gibt auch noch die Tradition des Handwerks. Ein Umdenken und dann auch ein alternatives Handeln ist freilich gefordert sowohl von uns als KonsumentInnen (den Nachfragern von Produkten) als auch seitens der Wirtschaftsförderpolitik, die es in der Hand hätte, gezielt regionale Wirtschaftskreisläufe statt Großkonzerne zu unterstützen. Ax geht sogar weiter, sie meint, dies sei die einzige, zukunftsfähige Strategie. Vielen Menschen hier und weltweit den Zugang zu Kapital und Produktionsmitteln sowie zum Erwerb von Können und Wissen zu ermöglichen, sei die zentrale Voraussetzung für eine „demokratische, nachhaltige Wirtschaft“, ist sie überzeugt. Nur wenn die Weltwirtschaft auf „sich selbst tragenden und sich selbst regulierenden dynamischen und lebensfähigen Systemen“ beruhe, so ihre Grundthese, sei die „Suprastruktur Globalisierung

überhaupt beherrschbar und ein Chaos vermeidbar“ (S. 252). Ein zentraler Gedanke angesichts des zunehmenden Steuerungsversagens.

Ein anderes Produzieren unserer Güter und eine andere „Kultur ihres Gebrauchs“ greift demnach viel weiter als die gegenwärtig praktizierten „Konjunkturbelebungs Pakete“, die auf noch mehr Globalisierung, Mengenwachstum und Exportorientierung setzen, ohne die destruktiven Tendenzen des von Großkapital und Großunternehmen getriebenen Systems zu hinterfragen. Um Missverständnissen vorzubeugen: Ax ist für Unternehmertum, aber für eines, das für die lokalen Bedürfnisse produziert und sinnvolle Arbeit ermöglicht. Aus dem ökologischen und sozialen Dilemma gibt es ihrer Meinung nur einen Ausweg „gute Arbeit, gute Produkte und eine nachhaltige Wirtschaft von unten“ (S. 259). Ein Ziel, für das es sich allemal lohnt, gemeinsam zu arbeiten!

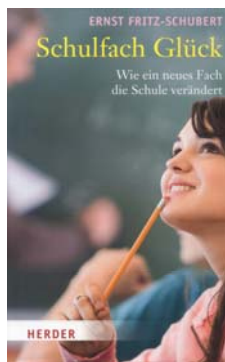
„Die Befähigung zum Umgang mit Grenzen ist eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung. Dass wir heute an die Grenzen des Wachstums stoßen, ist so gesehen das Beste, was uns widerfahren kann. Die Krise ist die Chance.“ (S. 24)

„Eine Gesellschaft, die Menschen ´produziert`, die nichts mehr können (dürfen) außer konsumieren, fühlt sich ärmer als viele ´arme` Gesellschaften.“ (S. 27f)

„Wir brauchen eine Umverteilung von Macht und Einkommen von oben nach unten und einen Staat, der allen seinen Bürgern ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglicht.“ (S. 32)

„Die Möglichkeit, eine neue Wirklichkeit machen zu können, ist der Ausdruck für die Macht von Menschen. Das Wissen und Denken alleine reicht nicht. Man muss es auch machen und man muss es können.“ (S. 33)

„Dauerhaft reich sind Kulturen, die die Kraft aufbringen, innerhalb von Grenzen zu wachsen und Werte zu schaffen, die die Zeit überdauern.“ (S. 253)



Fritz-Schubert, Ernst:

Schulfach Glück.

Wie ein neues Fach die Schule verändert.

Freiburg/Br.: Herder, 2009 (3. Aufl.), 189 S.

€ 16,95 [D], 17,45 [A],

sFr 29,70

ISBN 978-3-451-29849-3

Wohl nur Wenige werden die Schule als Ort des Glücks empfinden oder in Erinnerung haben. Die Freude des ersten Schultags und der „Durst nach Wissen“ weicht in der Regel bald der Ernüchterung bzw. alltäglicher Routine: Über- oder unterforderte SchülerInnen, von immer neuen Vorschriften, der Diskussion um Bildungsstandards und „schwierigen Jugendlichen“ geforderte und oft überforderte LehrerInnen, die nicht selten auch mit gesellschaftlichen Vorurteilen zu kämpfen haben, sowie Eltern, die vor allem erwarten, dass „die Schule funktioniert“, und ihrem Sprössling in einer zunehmend rauen, konkurrenzbetonten Wirklichkeit den Weg zur Karriere ebnet, so stellt sich – zugegeben grob skizziert – die Institution Schule vorwiegend dar. Ein Eindruck, dem übrigens auch ein vom Autor eingangs zitierter empirischer Befund entspricht. Demnach wird Schule „als wichtiger Lebensraum gleich hinter der Familie“ genannt, „rangiert aber auf der Beliebtheitskala gerade noch vor dem Besuch beim Zahnarzt“ (S. 9).

Für Ernst Fritz-Schubert – seit dem Jahr 2000 Leiter der Willy-Hellpach-Schule in Heidelberg – Anlass genug, nicht nur danach zu fragen, ob Schule da und dort zumindest „Glücksmomente“ bereithält, sondern sie mit Bezug auf Hartmut von Hentig grundsätzlich „neu zu denken“. Dabei sind klugen Gedanken in kürzester Zeit überzeugende und (auch andere) inspirierende Taten gefolgt.

Das vom Autor initiierte Projekt „Schulfach Glück“ will dazu beitragen, dass „Kinder ihre genetisch vorprogrammierte Neugierde spielerisch ausleben, mit Unterstützung ihnen zugewandter Menschen Dinge ausprobieren, Eigeninitiative entwickeln und stabile Beziehungen zu anderen Menschen aufbauen“ (S. 22). Das klingt nach pädagogischer Selbstverständlichkeit, ist aber in Anbetracht der Tatsache, dass nach einer in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Erhebung

aus dem Jahr 2004 bei Jugendlichen die Angst vor Schulversagen mit 22 Prozent noch vor der Sorge um Krieg oder schwere Krankheit in der Familie (18 Prozent) liegt.

Glück ist lehr-, lern- und messbar

Glück, so der Autor, ist lehr- und lernbar, sofern es als Wunsch und als Hinführung zur und Einführung von „Lebenszufriedenheit“ verstanden wird. Und es lässt sich auch messen. Ruut Veenhoven, Soziologe an der Erasmus-Universität in Rotterdam, etwa arbeitet an einer „world data base of happiness“, die 3000 Umfragen und 10.000 Studien zum Thema Glück umfasst und auch Kurioses zu Tage fördert: so ist die Weltbevölkerung durchschnittlich 67,5 Prozent ihrer verfügbaren Zeit glücklich und die Dänen sind mit 82 Prozent die glücklichsten Menschen (S. 49). Was aber bietet und was leistet das „Schulfach Glück“? Von der Lebensphilosophie Viktor Frankels inspiriert und u. a. auf Erfahrungen des am „Wellington College“ - einer der teuersten Privatschulen Englands - angebotenen Faches „Well being“ aufbauend, hat Fritz-Schubert in Kooperation mit 12 KollegInnen und sechs außerschulischen ExpertInnen ein Curriculum erarbeitet, das nach Bewilligung durch das Kultusministerium von Baden-Württemberg erstmals im Schuljahr 2007/2008 an seiner Schule als Freifach angeboten wurde und in insgesamt fünf Modulen 80 Schulstunden umfasst.

Am ersten Durchgang nahmen dabei zwei BerufsschülerInnen und GymnasiatInnen teil, um etwa gemeinsam die „Freude am Leben“ zu erkunden. Begleitet von einer Entspannungstrainerin und einem Diplom-Pädagogen wurde dabei der Frage „Wer bin ich, wo liegen meine Stärken und wie wirkt mein Handeln auf andere?“ in Form praktischer Übungen nachgegangen und derart Selbst-Wahrnehmung und -Wertschätzung gestärkt.

„Fortbildungen für das Fach Glück können durch die teilweise Ausrichtung auf systemisch konstruktivistischen Denkweisen gestaltet werden. Dies gilt besonders im Zusammenhang mit der Identitätsfindung, der Zuversicht, der Lebensfreude und im Umgang mit Emotionen.“ (E. Fritz-Schubert)

Übungen zur Selbst- und Fremdwahrnehmung

Die Unterscheidung von Selbst- und Fremdbild – SchülerInnen nehmen einander wahr, indem sie positive Eigenschaften ihres Gegenübers ansprechen – fördern das Selbstbewusstsein und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Der Austausch von Momenten der Dankbarkeit steigert das Wohlbefinden, das durch die vertiefende Aufbereitung in Tagebuchform noch verstärkt wird. „Freude an Leistung“ wird durch die Erinnerung an wohltuende Emotionen (Gefühle, Klänge oder Gerüche) aber auch durch den Austausch über als positiv empfundene Werte wie Familie, Anerkennung und Leistung vermittelt und durch das Erlernen asiatischer Konzentrationsübungen (wie das „Hara-Prinzip“) gefördert.

Körperbetonte Übungen wie das Abschütteln eines „imaginären Hundes“ oder gemeinsames Lachen sind weitere Elemente dieser zugleich schul- und lebensnahen Pädagogik. Im Modul „Freude an der Bewegung“ werden motorische wie kognitive Fähigkeiten geschult oder die Einübung von „Flow“-Erlebnissen (etwa an einer Kletterwand) vermittelt, wobei die individuelle Herausforderung von den Schülerinnen selbst bestimmt und „nach eigenen Kräften“ bewältigt wird. Ein weiterer „Glücksbaustein“ ist dem „Körper als Ausdrucksmittel“ gewidmet. Dabei wurde u. a. ein Pausenraum zur „Bühne des Lebens“ umfunktioniert, auf dem nicht Konkurrenz-, sondern Vertrauensübungen durchgespielt wurden. So wird etwa ein Mitglied der Gruppe – wie Schneewittchen – in Kopfhöhe auf Händen getragen.

Schulfach Glück als Erfolg

In einem weiteren Modul schließlich wurde praxisnah auf die Bedeutung der Ernährung als zentrales Element für umfassendes Wohlbefinden eingegangen. Von den SchülerInnen selbst erarbeitete Projekte (eine Schülerin setzte sich z. B. mit der Bedeutung des Marathons als persönliche Herausforderung und als Wirtschaftsfaktor auseinander) rundeten das Programm des ersten Schuljahres ab, das nicht zuletzt aufgrund des großen medialen Interesses weit über Heidelberg hinaus Wirkung zeigt sowie Nachahmung und auch wissenschaftliche Anerkennung findet: An insgesamt sechs Schulen in der Steiermark wird seit diesem Jahr das „Schulfach Glück“ (darunter auch an Volksschulen) angeboten; und eine

vergleichende Untersuchung des „Sozialkapital“-Experten Ernst Gehmacher hat ergeben, dass nach Abschluss des ersten Jahrgangs an der Heidelberger „Glücks-Schule“ 80 Prozent der KursteilnehmerInnen ihr Handeln als sinnvoll empfinden, während dies nach eigener Aussage nur auf 33 Prozent der übrigen SchülerInnen zutrifft.

„Als Ergänzung zum traditionellen Angebot“, so Ernst Fritz-Schubert zusammenfassend, „geht es vor allem darum, die in den Bildungsplänen geforderte Lebenskompetenz und Lebensfreude auch im Schulalltag stärker zu realisieren. Dabei sollen die Jugendlichen nicht nur einen Aktenkoffer mit Anleitungen zur Lösung von Lebenskrisen erhalten. Durch das Fach sollen sie vor allem befähigt werden, die guten Gründe für ein gelingendes Leben aus der Fülle der Möglichkeiten zu erkennen, sie anzunehmen und dabei Freude zu empfinden“ (S. 165).

Das vielleicht stärkste Argument für den Wert des aufmerksamen und wohlwollenden Umgangs miteinander, stammt von Amir, einem „Glücksschüler“: „Jetzt weiß ich, dass Edu ein ehrlicher Kerl ist, das hätte ich sonst nie erfahren.“ Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, dass das „Schulfach Glück“ auch weiter Schule machen wird: Nicht von ungefähr wurde die Initiative im Wettbewerb „Deutschland - Land der Ideen“ 2008 (gemeinsam mit weiteren 365 Projekten) ausgezeichnet. Nachahmung dringend empfohlen.

Walter Spielmann

Aus: *pro ZUKUNFT 4/2009*

„Die Schule ist nicht nur Ort individueller Belehrung, Beratung, Prüfung und Beurteilung, sondern muss sich als Begegnungsstätte zur Vorbereitung für das Leben in der Gemeinschaft der Erwachsenen, der Gesellschaft, verstehen. Wir wollen deshalb unsere Schüler befähigen, mit anderen zu kommunizieren und dauerhafte Verbindungen herzustellen und zu bewahren. Das ist die notwendige pädagogische Antwort auf die scheinbar verlorenen Werte wie Vertrauen, Geborgenheit, Freundschaft und Solidarität.“ (E. Fritz-Schubert, S. 166)